

Februar 2022



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

am 30. Januar 2022 hat der ExpertInnenrat der Bundesregierung zwar diplomatisch verpackt, aber genauso unmissverständlich die bisherige Risiko- und Gesundheitskommunikation der Behörden und Ministerien kritisiert. In seiner Stellungnahme fordert er vier Bausteine für eine „fachlich fundierte und evidenzbasierte Gesundheitskommunikation“ ein.

Im ersten Schritt geht es auf der Grundlage umfassend zu erhebender Daten um die Bereitstellung "des besten verfügbaren Wissens". Im zweiten Schritt hat die „Übersetzung der relevanten Daten“ zu erfolgen. Die Informationen sind so aufzubereiten, dass sie die Handlungsrelevanz verdeutlichen und ganz gezielt die einzelnen Zielgruppen ansprechen. Der dritte Baustein fordert die Verbreitung dieser aufbereiteten Informationen über die verschiedenen „Kanäle einer modernen Informationsgesellschaft“ – und zwar zielgruppenspezifisch. Der vierte Baustein befasst sich mit der bereits in der „Phase der Übersetzung“ beginnenden Überprüfung der erzielten Effekte und der notwendigen Anpassung.

Tatsächlich sind diese Regeln nicht neu, sondern (eigentlich) selbstverständlich. Sie dienen dem individualisierten Dialog im Miteinander, schaffen Vertrauen und fördern die Handlungskompetenz eines jeden Einzelnen. Kommunikation ist daher auch im Unternehmen einer der entscheidenden Entwicklungsfaktoren. Betriebliche Abläufe werden harmonisiert, innovative und kreative Prozesse gefördert und die Verantwortungsbereitschaft eines jeden Einzelnen gestärkt. Dabei mag zwar hinter der Kommunikation eine Absicht stecken, tatsächlich entscheidend ist indessen die Wirkung, die immer wieder ehrlich – auch zu sich selbst - zu hinterfragen ist.

Der österreichisch-amerikanische Psychoanalytiker und große Kommunikationswissenschaftler Paul Watzlawick drückt es ganz schlicht und einfach zutreffend aus:

*„Ich weiß nicht, was ich gesagt habe,
bevor ich die Antwort meines Gegenübers gehört habe.“*

In diesem Sinne bleibt mir nur noch zu sagen: Nehmen Sie die Antwort wahr!

Übersicht

ACHTUNG! Neue Regelungen zur Vertragsverlängerung ab März 2022	3
Grenzen des Formalismus im Vergabeverfahren	3
Neue Regelungen in der Preisangabenverordnung ab Mai 2022	4
Das neue TTDSG und der rechtssichere Einsatz von Cookies	5
Steuerfreie (Corona-)Sonderzahlungen an Arbeitnehmer bis 31.03.2022 verlängert	7
Sonderregelungen im verschärften Infektionsschutzgesetz	7
Hilfen für Adventsmärkte durch die Überbrückungshilfe IV	8
Neue Regeln beim Sachbezug seit dem 01.01.2022	8
Leistungsbeschreibung in Rechnungen	9
Verlängerung der Innovationsprämie für E-Autos bis Ende 2022	9
Erhebung der Umsatzsteuer für eine Fastfood-Filiale	10
Gewinne aus Kryptowährungsgeschäften sind steuerpflichtig	10
Erbschaftsteuer bei Hinzuerben von Doppelhaushälften	10
Mietzahlungspflicht bei corona-bedingter Geschäftsschließung	11
Kündigung einer angemieteten Location wegen Corona	11
Betriebsschließungsversicherung nach Aufnahme des Corona-Virus in das Infektionsschutzgesetz	12
Auszahlung von Corona-Gutscheinen seit 01.01.2022	13
Flugpreisangabe im Internet ohne Sonderrabatte	13
Betriebliche Altersversorgung - Auslegung einer Versorgungsordnung	13
Neuregelungen beim Statusfeststellungsverfahren zum 01.04.2022	14
Kündigung eines Mietvertrages wegen Lärm	14
Weg vom Bett ins Homeoffice ist gesetzlich unfallversichert	15
„Düsseldorfer Tabelle“ ab dem 01.01.2022	15

ACHTUNG! Neue Regelungen zur Vertragsverlängerung ab März 2022

BEITRAG VON CARINA TOLLE-LEHMANN LL.M. –

Sollten Sie Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) nutzen, die für auf Dauer angelegte Schuldverhältnisse (Fitnessstudiovertrag, Zeitschriftenabonnement u.ä.) eine automatische Vertragsverlängerung vorsehen, sollten Sie aufpassen. Denn hier hat der Gesetzgeber ab März 2022 neue Regelungen vorgesehen.

Hier die Änderungen in der gebotenen Kürze:

Für alle Verträge, die nach dem 01.03.2022 geschlossen werden, gilt gemäß § 309 Nr. 9 a) BGB, dass keine Verträge mehr geschlossen werden dürfen, die einen längeren Vertragszeitraum als 2 Jahre haben. Dabei ist weiter zu beachten, dass sich diese Verträge dann gemäß § 309 Nr. 9 b) und c) BGB nicht stillschweigend um weitere 2 Jahre automatisch verlängern dürfen. Erlaubt ist hiernach jedoch eine automatische Verlängerung des Dauerschuldverhältnisses auf unbegrenzte Zeit, sofern im gleichen Atemzug, dem Kunden ein jederzeitiges Kündigungsrecht mit einer Frist von 1 Monat eingeräumt wird. Ferner muss auch der Ursprungsvertrag vor Ablauf der Vertragslaufzeit mit einer Frist von 1 Monat zum Vertragsende kündbar sein.

Sollten Sie hier noch Unsicherheiten haben, sind wir Ihnen gerne bei der Formulierung rechtssicherer AGB behilflich.

Grenzen des Formalismus im Vergabeverfahren

BEITRAG VON LENNART HOLST LL.B. –

Vergabeverfahren sind geprägt von einer formellen Struktur und detaillierten Vorgaben für Angebote. Abweichungen führen hierbei schnell zu einem Ausschluss eines Angebotes. Bereits im Jahr 2019 stellte der Bundesgerichtshof jedoch klar, dass formalistische Ausschlüsse vermieden werden sollen.

Die Teilnahme an einer Ausschreibung kann für Bieter schnell unerfreulich enden. Ein Ausschluss drohte bisher, wenn versehentlich die eigenen AGBs angehängt wurden, bei einer Position eine „0“ eingetragen wurde oder zwei Produkttypen statt einer benannt wurden. In einem richtungweisenden Urteil entschied der Bundesgerichtshof im Jahr 2019, dass für einen möglichst umfassenden Wettbewerb der Ausschluss von Angeboten wegen „formaler Mängel“ reduziert werden sollte. Der Bundesgerichtshof entschied in dem Fall im Jahr 2019, dass die versehentliche Beifügung der eigenen AGB im Wege der Aufklärung korrigiert werden könne und ein Ausschluss ohne Aufklärungsversuch rechtswidrig sei. Nach und nach häufen sich seit der Entscheidung des Bundesgerichtshofes die Entscheidungen der Vergabekammern und Vergabesenate, die von der bisherigen formellen Beurteilung abweichen. Im Jahr 2020 entschied zunächst der Vergabesenat des Oberlandesgerichtes Düsseldorf, dass die fehlende Angabe eines Nachunternehmers nicht einen Ausschluss zur Folge haben müsse, anschließend entschied der Vergabesenat des Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgerichtes in Fortführung des Ansatzes des Bundesgerichtshofes, dass die Angabe bei einer Kostenposition mit „0“ nicht zwingend zum Ausschluss führen müsse. Auch hier sei eine Aufklärung möglich.

Nunmehr entschied die Vergabekammer Niedersachsen in einem Fall, in welchem zwei Produkttypen statt wie angefordert eine angegeben wurden. In dem Verfahren war die Vergabestelle der Ansicht, dass eine Aufklärung ausgeschlossen sei und ein Ausschluss zu erfolgen habe und stützte sich hierbei auf die bis 2019 gängige Rechtsprechung. Nunmehr entschied jedoch die Vergabekammer Niedersachsen, dass auch in einem solchen Fall eine Aufklärung durch die Vergabestelle möglich ist. Stück für Stück klärt sich mithin durch neue Entscheidungen, wann eine Aufklärung möglich und wann ein Ausschluss nötig ist.

Im Falle eines Ausschlusses durch falsche, widersprüchliche oder zusätzliche Angaben in einem Angebot ist mithin nicht mehr Hopfen und Malz verloren. Es sollte stattdessen geprüft werden, ob der Ausschluss geboten war, oder ob eine Aufklärung im Sinne der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes hätte erfolgen müssen. Vorzugswürdig bleibt selbstverständlich, die Situation ganz zu vermeiden und vor der Abgabe des Angebots zu prüfen, ob die Angaben zu einem Ausschluss führen könnten.

Neue Regelungen in der Preisangabenverordnung ab Mai 2022

BEITRAG VON CARINA TOLLE-LEHMANN LL.M. –

Das Jahr hat gerade erst begonnen. Doch es geht novellierungstechnisch genauso turbulent weiter, wie das letzte Jahr zu Ende gegangen ist. Es wird zu einer Erneuerung der Preisangabenverordnung (PAngV) kommen. Hintergrund der neuen Regelungen ist insbesondere die Implementierung der sogenannten „Omnibusrichtlinie“. Die neue Fassung der PAngV wird am 28.05.2022 in Kraft treten.

Zu den wesentlichen Änderungen zählen:

- Es ist nicht mehr zwingend erforderlich, dass der Grundpreis in unmittelbarer Nähe zum Gesamtpreis aufgeführt werden muss. Der Grundpreis muss nur noch „unmissverständlich, klar erkennbar und gut lesbar“ angegeben werden. Gerade dieses Erfordernis der unmittelbaren Nähe des Grundpreises zum Gesamtpreis war mehrfach Gegenstand diverser Gerichtsverhandlungen. Gerade Online-Händler hatten mit der alten Auslegung dieses Erfordernisses teilweise erhebliche Probleme und waren aufgrund dessen des Öfteren Opfer diverser Abmahnschreiben;
- Zudem soll für die Verbraucher eine bessere Preistransparenz erzielt werden, in dem als Mengeneinheit für die Angabe der Grundpreise „1 Kilogramm bzw. 1 Liter“ verwendet werden darf;
- Ferner sind Pfandbeträge nicht mehr in den Gesamtpreis miteinzubeziehen, sondern müssen neben dem Gesamtpreis angegeben werden;
- Um Preissenkungen besser zu erkennen, muss gemäß § 11 PAngV bei jeder Bekanntgabe von Preisermäßigungen zusätzlich der niedrigste Gesamtpreis angegeben werden, den der Händler innerhalb der letzten 30 Tage vor Anwendung der Preisermäßigung gegenüber dem Verbraucher angegeben hatte;
- Dies gilt nicht für schnell verderbliche Waren, sofern dies für den Verbraucher in geeigneter Weise kenntlich gemacht wird;

- Betreibern von öffentlich zugänglichen Ladepunkten, welche den Verbrauchern das punktuelle Aufladen von Elektrofahrzeugen nach der Ladesäulenverordnung anbieten, am jeweiligen Ladepunkt den Preis pro Kilowattstunde angeben müssen.

Gerne helfen wir Ihnen von SCHLARMANNvonGEYSO bei der Prüfung Ihres Onlineshops auf die Einhaltung der notwendigen Rechtsvorschriften.

Das neue TTDSG und der rechtssichere Einsatz von Cookies

BEITRAG VON LENNART SCHAFMEISTER –

Am 1. Dezember 2021 ist das Gesetz über den Datenschutz und den Schutz der Privatsphäre in der Telekommunikation und bei Telemedien (TTDSG) in Kraft getreten. Das Gesetz soll die Datenschutzvorschriften aus dem Telekommunikationsgesetz (TKG) und Telemediengesetz (TMG) zusammenzuführen, verbessern und Rechtsunsicherheiten beseitigen. In den Anwendungsbereich des TTDSG fallen unter anderem Webseiten und Apps.

Durch das Gesetz sollen unerwünschte Zugriffe auf Informationen verhindert werden, die auf Computern, Tablets oder Handys gespeichert sind. Hierzu ist im TTDSG nunmehr auch die Verwendung von Cookies geregelt.

Mittlerweile kennt sie wohl wirklich jeder, die kleinen „Kekse“. Scheinbar bedeutungslos, ihre Funktionsweise und ihr Zweck nur den wenigsten bekannt, wird ihrer Verwendung meist entnervt zugestimmt, in dem Bestreben, einfach in Ruhe auf der gewünschten Webseite surfen zu können.

Aber was genau machen diese Cookies denn nun eigentlich? Einfach gesagt beinhalten sie kleine Datensätze, die auf dem Endgerät gespeichert werden, wenn eine Webseite besucht wird. Die Nutzung der Webseite wird dadurch meist komfortabler, man spart sich etwa die wiederholte Eingabe von bereits übermittelten Informationen (z.B. bei einem Bestellprozess in einem Online-Shop). Dabei können mitunter aber auch personenbezogene Daten verarbeitet und an Werbetreibende übermittelt werden.

§ 25 TTDSG regelt nun, dass Cookies nur gesetzt werden dürfen, *„wenn der Endnutzer auf der Grundlage von klaren und umfassenden Informationen eingewilligt hat“*.

Ausgenommen hiervon sind lediglich solche Cookies, die für das reibungslose Funktionieren der Webseite „unbedingt erforderlich“ sind. Eine Definition dieses unbestimmten Rechtsbegriffs sucht man im Gesetz leider vergeblich.

Ihren Ursprung findet die Regelung des § 25 TTDSG in dem Urteil „Planet49“ des EuGHs vom 01.10.2019. Darin war das europäische Gericht zu dem Ergebnis gekommen, dass vor dem Setzen und Auslesen von Cookies Einwilligungen einzuholen sind. Das Urteil deckte dabei eine Regelungslücke der deutschen Gesetze auf, denn Art. 5 Abs. 3 der sog. ePrivacy-Richtlinie der EU (dieser regelt den Einsatz von Cookies, entfaltet als Bestandteil einer bloßen „Richtlinie“ jedoch keine unmittelbare Wirkung in den Mitgliedstaaten) war in Deutschland zu diesem Zeitpunkt noch nicht in nationales Recht umgesetzt worden - obwohl die EU-Richtlinie bereits 2002 in Kraft getreten ist. Um den Vorgaben des EuGHs zum Einwilligungserfordernis gerecht zu werden, musste der BGH kreativ werden und legte schließlich § 15 Abs. 3 TMG im Sinne der ePrivacy-Richtlinie unter hohem rechtlichen Aufwand aus.

Mit dem TTDSG ist die Regelungslücke nun geschlossen worden.

Was gilt es also fortan zu beachten, wenn eine Webseite unter Einsatz von Cookies betrieben wird?

Sofern und soweit Cookies eingesetzt werden, die nicht unter einen der beiden Ausnahmetatbestände von § 25 Abs. 2 TTDSG fallen (also vor allem solche Cookies, die nicht für die Nutzung der Webseite unbedingt erforderlich sind), muss eine Einwilligung des Nutzers eingeholt werden, also z.B. für Cookies, die dem personalisierten Werbe-Tracking dienen.

Und wie hat man so eine Einwilligung einzuholen?

Darüber geben kürzlich verhängte Multi-Millionen-Bußgelder der französischen Datenschutzbehörde gegen Google und Facebook Aufschluss. In Frankreich gilt zwar nicht das TTDSG, die französischen Datenschutz- und Telemediengesetze sind allerdings genau wie die deutschen Gesetze im Lichte der europäischen ePrivacy-Richtlinie auszulegen, so dass die Sanktionierungen auch für deutsche Telemedien-Anbieter aufschlussreich sind.

Frankreichs Datenschutzbehörde kritisierte, dass Nutzer auf den Internetseiten von Google und Facebook Cookies nicht ebenso leicht ablehnen wie annehmen können. Bei Facebook müsse zum Ablehnen der Cookies sogar auf ein Feld geklickt werden, das "Cookies akzeptieren" heiße und daher missverständlich sei. Dies beeinträchtige die Einwilligungsfreiheit und verstoße gegen französisches Recht. Zwei Google-Töchter sollen deshalb zusammen 150 Millionen Euro Strafe zahlen, bei Facebook sind es 60 Millionen Euro.

Welche Lehren sollten also daraus gezogen werden? Die Gestaltung der sog. „Cookie-Banner“ hat in verständlicher und transparenter Form zu erfolgen. Dabei ist wichtig, dass Cookies, die nicht „unbedingt erforderlich“ sind, nicht bereits vorausgewählt und vom Nutzer erst „abgeklickt“ werden müssen. Ebenso sollten die Cookie-Einstellungen mit möglichst wenigen Klicks vollzogen werden und intuitiv erfolgen können. Hierzu sollte auch eine etwaige Farbgestaltung des Cookie-Banners passen: Werden die unbedingt erforderlichen Cookies mit einem grauen oder roten Feld hinterlegt, die optionalen Cookies jedoch mit einem grünen Feld, spricht dies für unzulässiges „Nudging“, also eine unzulässige Einflussnahme auf die freie Willensentscheidung des Webseiten-Nutzers (vgl. hierzu LG Rostock, Urteil vom 15.09.2020 – 3 O 762/19).

Es empfiehlt sich, den Einsatz von Cookies auf der eigenen Webseite auf den Prüfstand zu stellen und ggf. nachzubessern, um möglichen Abmahnungen und Bußgeldern zuvorzukommen. Bei der konkreten Umsetzung stehen wir Ihnen gerne mit Rat und Tat zur Seite.

Steuerfreie (Corona-)Sonderzahlungen an Arbeitnehmer bis 31.03.2022 verlängert

Mit dem Gesetz zur Modernisierung der Entlastung von Abzugsteuern und der Bescheinigung von Kapitalertragsteuer wurde die Frist für die Steuerbefreiung von Corona-Sonderzahlungen bis zum 31.03.2022 verlängert.

Arbeitgeber haben dadurch die Möglichkeit, ihren Beschäftigten Beihilfen und Unterstützungen bis zu einem Betrag von EUR 1.500,00 steuer- und sozialversicherungsfrei auszuzahlen oder als Sachleistungen zu gewähren. Voraussetzung dafür ist jedoch u. a., dass die Beihilfen und Unterstützungen zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn geleistet und die steuerfreien Leistungen im Lohnkonto aufgezeichnet werden.

Bitte beachten Sie! Die Fristverlängerung erweitert nur den Zeitraum, in dem der Betrag gewährt werden kann. Sie führt nicht dazu, dass die EUR 1.500,00 mehrfach steuerfrei ausbezahlt werden könnten. EUR 1.500,00 ist die Höchstsumme für den ganzen Zeitraum, nicht für das Kalenderjahr. Wurden also in 2020 oder 2021 z. B. EUR 500,00 ausbezahlt, können bis 31.03.2022 noch weitere EUR 1.000,00 geleistet werden. Die Auszahlung kann auch pro Dienstverhältnis erfolgen. Arbeitet z. B. ein Beschäftigter im Hauptberuf und als Mini-Jobber bei 2 Arbeitgebern, könnte er die Sonderzahlung von jedem Arbeitgeber erhalten.

Sonderregelungen im verschärften Infektionsschutzgesetz

Der Bundesrat stimmte am 10.12.2021 umfangreichen Änderungen am Infektionsschutzgesetz zu. Das Gesetz beinhaltet nunmehr eine **einrichtungsbezogene Impfpflicht** für Beschäftigte von Kliniken, Pflegeheimen, Arzt- und Zahnarztpraxen, Rettungs- und Pflegediensten, Geburtshäusern und weiteren Einrichtungen. Ab 15.03.2022 müssen die dort Beschäftigten eine Corona-Impf- bzw. einen Genesenennachweis oder ein ärztliches Attest vorlegen, dass sie nicht geimpft werden können.

Neue Arbeitsverhältnisse in den genannten Einrichtungen sind ab 16.03.2022 nur bei Vorlage eines entsprechenden Nachweises möglich. Für finanziell besonders belastete **Krankenhäuser** soll es kurzfristig einen Ausgleich geben, um pandemiebedingte finanzielle Folgen und Liquiditätsengpässe abzufedern.

Darüber hinaus werden die Corona-bedingten **Sonderregelungen beim Kurzarbeitergeld** bis zum 31.03.2022 verlängert. Dies betrifft unter anderem den anrechnungsfreien Hinzuverdienst aus einer geringfügigen Beschäftigung und den Anspruch auf erhöhtes Kurzarbeitergeld: Beschäftigte, die länger als 3 Monate in Kurzarbeit sind, erhalten weiterhin einen Aufschlag. Ab dem vierten Bezugsmonat beträgt das Kurzarbeitergeld 70 % der Differenz zum bisherigen Nettolohn, ab dem siebten Monat 80 %. Wenn ein Kind im Haushalt lebt, erhöht sich der Leistungssatz auf 77 % bzw. 87 %. Die erhöhten Bezüge gelten auch für Personen, die seit April 2021 erstmals in Kurzarbeit gehen mussten.

Die bereits Ende Juni 2021 ausgelaufenen pandemiebedingten **Sonderregelungen für**

virtuelle Betriebsversammlungen und Gremiensitzungen als Telefon- und Videokonferenzen werden befristet bis zum 19.03.2022 wieder eingeführt – mit einmaliger Verlängerungsmöglichkeit.

Eine Verlängerung erfahren auch die **Sonderregelungen für Werkstätten**. Die Übergangsregelung zu den Mehrbedarfen für gemeinschaftliche Mittagsverpflegung in Werkstätten wird bis zum 31.03.2022 verlängert.

Hilfen für Adventsmärkte durch die Überbrückungshilfe IV

Die neue Überbrückungshilfe IV soll insbesondere Schaustellern, Marktleuten und privaten Veranstaltern von abgesagten Advents- und Weihnachtsmärkten als Hilfe dienen, die von den Corona-Schutzmaßnahmen besonders betroffen sind. Außerdem sollen die sog. „Härtefallhilfen“, der „Sonderfonds des Bundes für Messen und Ausstellungen“, der „Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen“, das Programm „Corona-Hilfen Profisport“ sowie das „KfW-Sonderprogramm“ weitergeführt werden.

Durch den verbesserten Eigenkapitalzuschuss der Überbrückungshilfe IV kann ein Zuschlag von bis zu 30 % auf die Fixkostenerstattung nach dem Fixkostenkatalog beantragt werden. Für die Betroffenen beträgt der Eigenkapitalzuschuss 50 %. Dazu müssen sie einen Umsatzeinbruch von mindestens 50 % im Dezember 2021 nachweisen.

Neue Regeln beim Sachbezug seit dem 01.01.2022

Unter einem sog. „Sachbezug“ versteht man Einnahmen aus einem Arbeitsverhältnis, welche nicht in Geld bestehen. Diese geldwerten Vorteile können sich in einer Natural-, Sach- oder zusätzlichen Leistung darstellen. **Sachbezug oder Sachlohn ist bis zu einer Grenze von EUR 50,00 (bis 31.12.2021 bis EUR 44,00) im Monat steuer- und sozialversicherungsfrei.** Dadurch ergeben sich finanzielle Vorteile gegenüber der Auszahlung von (steuer- und sozialversicherungspflichtigem) Barlohn.

Durch die neue Definition „zu den Einnahmen in Geld gehören“ wurde nunmehr gesetzlich festgeschrieben, dass zweckgebundene Geldleistungen, nachträgliche Kostenerstattungen, Geldsurrogate (Geldersatzmittel) und andere Vorteile, die auf einen Geldbetrag lauten, grundsätzlich **keine Sachbezüge, sondern Geldleistungen** sind.

Bestimmte zweckgebundene Gutscheine (einschließlich entsprechender Gutscheinkarten, digitaler Gutscheine, Gutscheincodes oder Gutscheinapplikationen/-Apps) oder entsprechende Geldkarten (einschließlich Wertguthabenkarten in Form von Prepaid-Karten) werden hingegen als **Sachbezug** gesetzlich definiert. Voraussetzung ist, dass die Gutscheine oder Geldkarten ausschließlich zum Bezug von Waren oder Dienstleistungen bei dem Arbeitgeber oder bei einem Dritten berechtigen und zudem **ab dem 01.01.2022 die Kriterien des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes (ZAG) erfüllen.** Weitere Voraussetzung ist, dass sie zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn gewährt werden.

Leistungsbeschreibung in Rechnungen

Die Anforderungen an ausgestellte Rechnungen führen in der Praxis häufig zu unterschiedlichen Auffassungen zwischen Finanzverwaltung und Unternehmer. Regelmäßig ändern und präzisieren aber auch Gerichte die notwendigen Anforderungen. Dies ist durch den Bundesfinanzhof (BFH) bezüglich einer ausreichenden Leistungsbeschreibung vorgenommen worden. Im Hinblick auf jenes Urteil wurde nun ein BMF-Schreiben veröffentlicht, welches die vorgenommene Änderung beschreibt.

Gegenstand des Urteils war damals die sog. „handelsübliche Bezeichnung“. Diese soll den Anspruch auf den Vorsteuerabzug grundsätzlich nicht weiter verschärfen. Vielmehr ist ausschlaggebend, ob es sich um Waren aus dem niedrigen, mittleren oder oberen Preissegment handelt, denn in diesen Bereichen kann sich die Handelsüblichkeit deutlich unterscheiden. Diese Unterscheidung ist für jeden Einzelfall gesondert zu treffen.

Die Bezeichnung der Leistung muss den Abgleich zwischen Bestellung und gelieferter Ware ermöglichen und zwar eindeutig und ohne Möglichkeit einer fälschlicherweise mehrfachen Abrechnung. Wenn eine Bezeichnung von Gegenständen den gesetzlichen Vorgaben von Kaufleuten entspricht und diese Bezeichnung in den Geschäftskreisen allgemein verwendet wird, ist sie handelsüblich. In Einzelfällen muss eventuell nachgewiesen werden, ob eine handelsübliche Bezeichnung vorliegt.

Verlängerung der Innovationsprämie für E-Autos bis Ende 2022

Um die E-Mobilität weiterhin zu fördern, wurde die aktuelle Innovationsprämie für Elektrofahrzeuge zunächst um ein Jahr verlängert. Käufer von rein elektrisch betriebenen Elektrofahrzeugen erhalten im Jahr 2022 vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) weiterhin bis zu EUR 9.000,00 Förderung. Plug-In-Hybride werden mit maximal EUR 6.750,00 gefördert.

Antragsberechtigt sind Privatpersonen, Unternehmen, Stiftungen, Körperschaften und Vereine, auf die ein Neufahrzeug zugelassen wird und die sich verpflichten, das Fahrzeug sechs Monate zu halten. Zuwendungsempfänger ist der Antragsteller.

Der Bundesanteil der Prämie für rein elektrisch betriebene Pkw mit einem beim BAFA unter EUR 40.000,00 gelisteten Preis beträgt weiterhin EUR 6.000,00 (zusätzlicher Herstelleranteil 3.000 €). Für sog. Plug-In-Hybride beträgt der Bundesanteil EUR 4.500,00 (zusätzlicher Herstelleranteil EUR 2.250,00).

Reine E-Autos mit einem bei der BAFA gelisteten Preis über EUR 40.000,00 werden mit EUR 5.000,00 (zusätzlicher Herstelleranteil EUR 2.500,00) bzw. für Plug-In-Hybride mit EUR 3.750,00 (zusätzlicher Herstelleranteil EUR 1.875,00) bezuschusst. Die Fördergrenze liegt bei mehr als EUR 65.000,00.

2023 soll die Förderung deutlich stärker auf Klimaschutz ausgerichtet und über den elektrischen Fahranteil und eine elektrische Mindestreichweite definiert werden.

Hinweis: Eine Auflistung der geförderten Fahrzeuge finden Sie unter www.bafa.de.

Erhebung der Umsatzsteuer für eine Fastfood-Filiale

Steht einer Fastfood-Filiale ein gemeinschaftlich genutzter Verzehrereich zur Verfügung, in dem die Kunden die dort verkauften Speisen und Getränke zu sich nehmen können, ist für die Filiale der allgemeine Umsatzsteuersatz zu Grunde zu legen. Zu dieser Entscheidung kam das Finanzgericht Düsseldorf (FG) in einem Urteil vom 04.09.2019.

Im entschiedenen Fall verkaufte eine Steuerpflichtige in einem Einkaufszentrum vorgefertigte Speisen in Einwegverpackungen über den Tresen. Allen Mietern des Zentrums und dessen Kunden stand ein gemeinsam genutzter Sitz- und Verzehrereich zur Verfügung. Das FG vertrat daher die Auffassung, dass der Gemeinschaftsbereich, für den die Mieter die Kosten gemeinschaftlich trugen, den Kunden der Fastfood-Filiale den Verzehr von Speisen an Ort und Stelle ermöglichen. Somit sind die Umsätze der Filiale dem Regelsteuersatz zu unterwerfen. Der Bundesfinanzhof bestätigte die Auffassung des FG mit Urteil vom 26.08.2021 verwies die Sache aber zur weiteren Klärung an das FG zurück.

Das FG habe dabei nicht hinreichend auf die maßgebliche Sichtweise des Durchschnittsverbrauchers abgestellt. Für die Annahme einer sonstigen Leistung – die dem regulären Umsatzsteuersatz unterliegt – genügt die Ausgabe von Speisen auf einem Tablett, wenn es typischerweise dazu dient, dem Kunden zu ermöglichen, die von ihm erworbenen Speisen zu einem Verzehrort in der Nähe (hier dem Food-Court) zu bringen und diese dort an einem Tisch mit Sitzmöglichkeit zu verzehren.

Gewinne aus Kryptowährungsgeschäften sind steuerpflichtig

Gewinne aus der Veräußerung von Kryptowährungen sind steuerpflichtig. Zu diesem Schluss kommt das Finanzgericht Baden-Württemberg in einem Urteil vom 11.06.2021.

In seiner Einkommensteuererklärung wies ein Steuerpflichtiger Gewinne aus dem Handel mit Kryptowährungen aus. Der Handel wurde durch seinen Sohn treuhänderisch ausgeführt. Der Steuerpflichtige kaufte sich in das Portfolio seines Sohnes ein, die Beteiligungsquoten waren dabei klar geregelt. Das zuständige Finanzamt (FA) berücksichtigte die Gewinne als Einkünfte aus privaten Veräußerungsgeschäften, wogegen der Steuerpflichtige Einspruch einlegte, da aus seiner Sicht kein „anderes Wirtschaftsgut“ und somit auch kein Veräußerungsgeschäft vorliegt.

Nach Auffassung des FG sind solche Gewinne sehr wohl sonstige Einkünfte aus privaten Veräußerungsgeschäften, da Kryptowährungen zu den immateriellen Wirtschaftsgütern zählen. Der steuerrechtliche Begriff des Wirtschaftsguts umfasst „sämtliche vermögenswerten Vorteile, deren Erlangung sich der Steuerpflichtige etwas kosten lässt“, „die einer selbstständigen Bewertung zugänglich sind“ und der „Erwerber des gesamten Betriebs in dem Vorteil einen greifbaren Wert sehen würde“. Die Revision zum Bundesfinanzhof wurde zugelassen.

Erbschaftsteuer bei Hinzuerben von Doppelhaushälften

Soweit der Ehegatte oder die Nachkommen nicht sowieso schon in dem Haushalt des Erblassers gelebt haben, können sie dessen selbstgenutztes Haus steuerfrei erben, wenn sie es nach dem Tod unmittelbar selbst bewohnen oder Vorbereitungen treffen,

dieses möglichst zeitnah beziehen zu können.

In einem vom Bundesfinanzhof (BFH) am 06.05.2021 entschiedenen Fall erbt ein Steuerpflichtiger von seinem Vater ein Doppelhaus. In der einen Hälfte wohnte der Erblasser, in der anderen Hälfte der erbende Sohn mit seiner Familie. Nach dem Erbfall nahm der Sohn umfangreiche Bauarbeiten an dem Haus vor, sodass es anschließend als einheitliche Wohnung von ihm und seiner Familie genutzt wurde. Das Finanzamt versagte die Erbschaftssteuerbefreiung, da sich der Einzug zeitlich zu stark verzögert habe.

Nach Auffassung des BFH ist entscheidend, dass das hinzuerworbene Objekt unverzüglich durch den Erben selbst bewohnt wird. Sollte dies nicht möglich sein, so muss erkennbar sein, dass von Anfang an die Absicht bestand, es selbst nutzen zu wollen, selbst wenn sich der Einzug durch Baumaßnahmen oder Ähnlichem verzögert. Grundsätzlich ist eine Verzögerung von 6 Monaten aber noch angemessen.

Mietzahlungspflicht bei corona-bedingter Geschäftsschließung

Der Bundesgerichtshof hat am 12.01.2022 entschieden, dass im Fall einer Geschäftsschließung, die aufgrund einer hoheitlichen Maßnahme zur Bekämpfung der Corona-Pandemie erfolgt, grundsätzlich ein Anspruch des Mieters von gewerblich genutzten Räumen auf Anpassung der Miete wegen Störung der Geschäftsgrundlage in Betracht kommt. Die vertragsschließenden Parteien erwarten, dass sich die grundlegenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen eines Vertrags nicht ändern und die Sozialexistenz nicht erschüttert wird.

In dem entschiedenen Fall wurde diese Erwartung der Parteien dadurch schwerwiegend gestört, dass die Mieterin aufgrund der zur Bekämpfung der Corona-Pandemie erlassenen Allgemeinverfügungen ihr Geschäftslokal in der Zeit vom 19.03.2020 bis einschließlich 19.04.2020 schließen musste.

Bitte beachten Sie! Die Richter betonten jedoch, dass dies nicht bedeutet, dass der Mieter stets eine Anpassung der Miete für den Zeitraum der Schließung verlangen kann. Ob dem Mieter ein Festhalten an dem unveränderten Vertrag unzumutbar ist, bedarf einer umfassenden Abwägung, bei der sämtliche Umstände des Einzelfalls zu berücksichtigen sind. Pauschal kann nicht von einer Störung der Geschäftsgrundlage ausgegangen werden, sodass jeder Fall einzeln betrachtet und beurteilt werden muss.

Kündigung einer angemieteten Location wegen Corona

Eine angemietete Location für eine geplante Hochzeitsfeier kann gekündigt werden, wenn die Feier wegen Corona nicht durchführbar ist. Der Mieter muss aber, nach einem Urteil des Oberlandesgerichts Celle vom 02.12.2021 einen angemessenen Ausgleich zahlen.

In dem entschiedenen Fall hatte ein Paar vor Beginn der Corona-Pandemie ein Schloss für seine Hochzeit im August 2020 gemietet. Geplant war eine Feier mit bis zu 120 Personen. Der Mietpreis betrug netto EUR 5.000,00 zuzüglich weiterer Kosten. Aufgrund der dann geltenden Corona-Verordnung waren Hochzeitsfeiern aber nur noch mit

höchstens 50 Personen zulässig. Im Juli 2020 erklärte das Paar, seine Hochzeit nicht in dem Schloss zu feiern. Der Vermieter verlangte die vereinbarte Miete.

Auch wenn der Mietvertrag streng genommen trotz der damals geltenden Corona-Verordnung hätte durchgeführt werden können, war dies dem Paar nicht zumutbar. Die Durchführung einer Hochzeitsveranstaltung stellt sich aus Sicht der Heiratenden als ein ganz besonderes einmaliges Ereignis dar, welches nicht ohne Weiteres verlegbar ist. Deshalb entfiel die sog. Geschäftsgrundlage für den Mietvertrag und das Paar konnte nach Auffassung des OLG wirksam kündigen. Nach richterlichem Ermessen steht dem Vermieter hier aber eine Ausgleichszahlung in Höhe von insgesamt EUR 2.000,00 zu.

Betriebsschließungsversicherung nach Aufnahme des Corona-Virus in das Infektionsschutzgesetz

Bereits am 01.07.2021 hatte das Oberlandesgericht Celle (OLG) entschieden, dass solche Versicherungen keinen Schutz bieten, wenn Betriebsschließungen nur im Zusammenhang mit abschließend aufgezählten Krankheitserregern versichert sind, das Corona-Virus in dieser Aufzählung aber nicht enthalten ist.

Was gilt aber, wenn die Versicherungsbedingungen selbst keine solche ausdrückliche Aufzählung enthalten? Sind sie so formuliert, dass Versicherungsschutz gewährt wird, „wenn die zuständige Behörde aufgrund einer im Infektionsschutzgesetz namentlich genannten Krankheit (...) den versicherten Betrieb (...) ganz oder teilweise schließt, so liegt hierin nach Auffassung der OLG-Richter eine sog. dynamische Verweisung. Es sind dann alle behördlichen Betriebsschließungen versichert, die zum Schutz vor denjenigen Krankheiten oder Krankheitserregern erfolgen, die zum Zeitpunkt der Anordnung im Infektionsschutzgesetz ausdrücklich genannt sind.

In dem zu entscheidenden Fall betrieb die Versicherungsnehmerin ein Hotel in Hameln. Aufgrund der Corona-Pandemie wurden Übernachtungen zu touristischen Zwecken einmal durch eine sog. Allgemeinverfügung des Landkreises vom 18.03.2020 und zum anderen durch eine Verordnung des Landes Niedersachsen vom 30.10.2020 untersagt.

Im Hinblick auf die erste Betriebsunterbrechung hatte das Hotel keinen Anspruch, da zum Zeitpunkt der Verfügung weder COVID-19 als Krankheit noch SARS-CoV bzw. SARS-CoV-2 als Krankheitserreger im Infektionsschutzgesetz aufgeführt waren. Im Hinblick auf die zweite Betriebsunterbrechung stellten die Richter demgegenüber den Anspruch auf Versicherungsschutz dem Grunde nach fest.

Die Richter des Oberlandesgerichts in Rostock kamen am 14.12.2021 ebenfalls zu der Entscheidung, dass der Versicherungsfall einer Betriebsschließungsversicherung – die auf das Infektionsschutzgesetz Bezug nimmt – nur für die dort abschließend aufgeführten Krankheiten und Krankheitserreger eintritt.

Alle Urteile sind nicht rechtskräftig und die Revision zum Bundesgerichtshof ist eröffnet.

Auszahlung von Corona-Gutscheinen seit 01.01.2022

Die Bundesregierung hatte im vergangenen Jahr aufgrund der Coronakrise beschlossen, dass Veranstalter Gutscheine ausstellen können, anstatt die Ticketpreise zurückzuzahlen. Dieses gilt für abgesagte Veranstaltungen (z. B. Konzerte, Festivals, Theatervorstellungen, Lesungen, Filmvorführungen oder Sportwettkämpfe), wenn die Karten/Tickets vor dem 08.03.2020 erworben wurden. Ebenfalls dazu zählen Eintrittskarten für Museen, Freizeitparks, Schwimmbäder sowie Abos für Sportstudios oder Dauerkarten für Stadien.

Seit dem 01.01.2022 kann die Auszahlung des Betrages verlangt werden. Innerhalb von 3 Jahren verjähren die Rückzahlungsansprüche aus abgesagten Veranstaltungen. Ansprüche aus Veranstaltungen, die in 2020 wegen des Corona-Virus abgesagt wurden, können also bis zum 31.12.2023 und Ansprüche aus in 2021 abgesagten Veranstaltungen bis zum 31.12.2024 geltend gemacht werden.

Flugpreisangabe im Internet ohne Sonderrabatte

Das Oberlandesgericht Dresden (OLG) hat in seinem Urteil vom 24.09.2021 entschieden, dass es untersagt ist, auf der Buchungsseite Flugpreise anzugeben, die einen Rabatt für die Zahlung mit einer kaum verbreiteten Kreditkarte enthalten. In dem entschiedenen Fall bekamen die Kunden nach der Eingabe der Reisedaten eine Übersicht mit Flugangeboten angezeigt. Das Portal gab z. B. für einen Flug von Berlin nach Palma de Mallorca einen Preis von EUR 53,83 „bei Zahlung mit billgflug.de Mastercard GOLD“ an. Laut Sternchenhinweis war darin ein Rabatt von EUR 14,99 für den Einsatz dieser speziellen Karte eingerechnet. Für Kunden, die mit einer gängigen Kreditkarte oder per Lastschrift zahlten, verteuerte sich der zunächst genannte Preis um EUR 14,99 – im Beispiel also fast 30 %.

Nach einer europäischen Richtlinie müssen Anbieter schon am Anfang der Buchung den korrekten Endpreis nennen. Dieser muss alle Steuern, Gebühren und sonstige Kosten enthalten, die vorhersehbar und unvermeidbar sind. Die Richter des OLG entschieden, dass die meisten Kunden dieses Angebot nicht wahrnehmen können. Die Preisangabe verstößt daher gegen die Pflicht zur Angabe des Endpreises.

Betriebliche Altersversorgung - Auslegung einer Versorgungsordnung

Eine Versorgungsregelung in einer Betriebsvereinbarung, wonach eine Witwen-/Witwerrente entfällt, wenn die Ehe zum Zeitpunkt des Ablebens des Anwärters geschieden ist oder wenn sie erst nach Beginn der Altersrentenzahlung geschlossen wurde, schließt eine Witwen-/Witwerrente nicht aus, wenn die Ehe zwar nach dem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis, aber vor dem Beginn des Altersrentenbezugs geschlossen wurde.

Versorgungsregelungen, die eine Hinterbliebenenversorgung ausschließen oder beschränken sollen, sind hinreichend klar zu fassen. Enthalten die Versorgungsbestimmungen ausdrückliche Ausschlussstatbestände, nicht jedoch für den Fall, dass die Ehe nach dem vorzeitigen Ausscheiden, aber vor dem Beginn der Altersrentenzahlung geschlossen wurde, kann insoweit kein Ausschluss angenommen werden.

Neuregelungen beim Statusfeststellungsverfahren zum 01.04.2022

Mit dem Statusfeststellungsverfahren in der Sozialversicherung können sich die Beteiligten eines Auftragsverhältnisses frühzeitig Klarheit über den Erwerbsstatus verschaffen. Zuständig für die Durchführung des Statusfeststellungsverfahrens ist die Clearingstelle bei der Deutschen Rentenversicherung Bund. Mit diesem Verfahren können die Beteiligten eines Auftragsverhältnisses rechtlich verbindlich feststellen lassen, ob eine versicherungspflichtige Beschäftigung vorliegt.

Das Feststellungsverfahren wird durch die folgenden Reformbausteine weiterentwickelt:

- Die Einführung einer Prognoseentscheidung ermöglicht die Feststellung des Erwerbsstatus schon vor der Aufnahme der Tätigkeit und damit frühzeitiger als bisher.
- Anstelle der Versicherungspflicht wird künftig der Erwerbsstatus festgestellt.
- Es wird eine Gruppenfeststellung für gleiche Vertragsverhältnisse ermöglicht.
- Zukünftig können bestimmte Dreieckskonstellationen geprüft werden.
- Im Widerspruchsverfahren ist eine mündliche Anhörung möglich.

Antragsformulare zur Einleitung eines Statusfeststellungsverfahrens sind auf den Internetseiten der Deutschen Rentenversicherung Bund (www.deutsche-rentenversicherung.de - Suchbegriff: Formularpaket Statusfeststellung) aufrufbar.

Bitte beachten Sie! Für bestimmte Personengruppen ist das Statusfeststellungsverfahren zwingend durchzuführen. Handelt es sich bei angemeldeten Beschäftigten um den Ehegatten, Lebenspartner oder Abkömmling des Arbeitgebers oder um einen geschäftsführenden GmbH-Gesellschafter, hat die Einzugsstelle einen Antrag auf Feststellung des Erwerbsstatus zu stellen.

Kündigung eines Mietvertrages wegen Lärm

In einem vom Bundesgerichtshof am 22.06.2021 entschiedenen Fall sprach ein Vermieter einem Mieter im Sommer 2017 eine ordentliche Kündigung und im September 2017 eine fristlose Kündigung aus. Er begründete diese mit Ruhestörung und Lärmbelästigung, da Nachbarn über lautes Schreien, Stampfen, Rücken von Möbeln berichteten.

Grundsätzlich kann ein Mietverhältnis aus wichtigem Grund außerordentlich fristlos gekündigt werden. Ein solcher Grund liegt vor, wenn dem Kündigenden unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls, insbesondere eines Verschuldens der Vertragsparteien und unter Abwägung der beiderseitigen Interessen die Fortsetzung des Mietverhältnisses bis zum Ablauf der Kündigungsfrist oder bis zur sonstigen Beendigung des Mietverhältnisses nicht zugemutet werden kann. Auch die nachhaltige Störung des Hausfriedens kann einen solchen wichtigen Grund darstellen.

Für die Begründung genügt ein Lärmprotokoll aus dem sich der Zeitpunkt, die Art, die Intensität, die Dauer und die Häufigkeit der Störungen ergibt. Zur Ursache des Lärms bzw. der Person des Verursachers müssen keine Angaben gemacht werden.

Weg vom Bett ins Homeoffice ist gesetzlich unfallversichert

Das Bundessozialgericht (BSG) hatte am 08.12.2021 zu entscheiden, ob der Weg vom Schlaf- zum Arbeitszimmer der gesetzlichen Unfallversicherung unterliegt. Im entschiedenen Fall befand sich ein Arbeitnehmer auf dem Weg zur Arbeitsaufnahme von seinem Schlafzimmer in das eine Etage tiefer gelegene häusliche Büro. Üblicherweise beginnt er dort unmittelbar zu arbeiten, ohne vorher zu frühstücken. Beim Beschreiten der die Räume verbindenden Wendeltreppe rutschte er aus und brach sich einen Brustwirbel. Die Berufsgenossenschaft lehnte Leistungen aus Anlass des Unfalls ab. Die BSG-Richter entschieden, dass ein Beschäftigter, der auf dem morgendlichen erstmaligen Weg vom Bett ins Homeoffice stürzt, durch die gesetzliche Unfallversicherung geschützt ist.

„Düsseldorfer Tabelle“ ab dem 01.01.2022

Die von dem Oberlandesgericht Düsseldorf herausgegebene „Düsseldorfer Tabelle“ ist zum 01.01.2022 geändert worden. Die Änderungen betreffen im Wesentlichen die Bedarfssätze minderjähriger und volljähriger Kinder sowie die Erweiterung der Tabelle bis zu einer Einkommensgrenze von EUR 11.000,00.

Zum 01.01.2022 wurden die Regelsätze angepasst und betragen nun bei einem Nettoeinkommen des/der Unterhaltspflichtigen bis EUR 1.900,00:

- EUR 396,00 für Kinder von 0 – 5 Jahren,
- EUR 455,00 für Kinder von 6 – 11 Jahren,
- EUR 533,00 für Kinder von 12 – 17 Jahren und
- EUR 569,00 für Kinder ab 18 Jahren.

Die Sätze steigen mit höherem Einkommen um bestimmte Prozentsätze.

Die gesamte Tabelle befindet sich auf der Internetseite des Oberlandesgerichts Düsseldorf unter <https://www.olg-duesseldorf.nrw.de> – Schnellzugriff – Düsseldorfer Tabelle.

Fälligkeitstermine

Fällig am

Umsatzsteuer (mtl.), Lohn- u. Kirchenlohnsteuer, Soli-Zuschlag (mtl.)	10.02.2022
--	------------

Gewerbesteuer, Grundsteuer	15.02.2022
----------------------------	------------

Sozialversicherungsbeiträge	24.02.2022
-----------------------------	------------

Basiszinssatz
nach § 247 Abs. 1 BGB maßgeblich für die
Berechnung von Verzugszinsen

seit 01.07.2016 = - 0,88 %

01.01.2015 – 30.06.2016 = - 0,83 %

01.07. – 31.12.2014 = - 0,73 %

01.01. – 30.06.2014 = - 0,63 %

Ältere Basiszinssätze finden Sie im Internet unter: <http://www.bundesbank.de/Basiszinssatz>

Verzugszinssatz ab 01.01.2002:

ab 01.01.2020 (§ 288 BGB)

Rechtsgeschäfte mit Verbrauchern:	Basiszinssatz + 5 Prozentpunkte
-----------------------------------	---------------------------------

Rechtsgeschäfte mit Nichtverbrauchern (abgeschlossen bis 28.7.2014):	Basiszinssatz + 8 Prozentpunkte
---	---------------------------------

(abgeschlossen ab 29.7.2014):	Basiszinssatz + 9 Prozentpunkte zzgl. 40,00 EUR Pauschale
-------------------------------	--

Verbraucherpreisindex*

2021	November	110,5
	Oktober	110,7
	September	110,1
	August	110,1
	Juli	110,1
	Juni	109,1
	Mai	108,7
	April	108,2
	März	107,5
	Februar	107,0
	Januar	106,3
2020	Dezember	105,5
* (2015= 100)		

Ältere Verbraucherpreisindizes finden Sie im Internet unter:

<https://www.destatis.de> - Konjunkturindikatoren - Verbraucherpreisindex

Alle Beiträge sind nach bestem Wissen zusammengestellt. Eine Haftung für deren Inhalt kann jedoch nicht übernommen werden. Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.